

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
11/2014 (II)*



Liebe FreundInnen!

Anbei schicke ich Euch wieder die neuesten Informationen direkt aus dem Parlament. Wichtige Themen der Sitzungen vom 19. und 20. November waren die bessere Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping, die Senkung der Lohnsteuer sowie der außen- und europapolitische Bericht.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Entschlossen gegen Lohn- und Sozialdumping

Die SPÖ hat **schärfere Regeln gegen Lohn- und Sozialdumping** und **höhere Strafen** bei Verletzung der Vorschriften durchgesetzt. Das sorgt für faire Bedingungen am Arbeitsmarkt. Damit ist Österreich auch europaweit vorbildhaft im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping.

Konkret wird künftig nicht nur das Grundgehalt, sondern werden auch Überstunden kontrolliert. Die Strafen für Unternehmen, die gegen Bestimmungen verstoßen, werden erhöht und **Arbeitnehmer werden informiert, falls Lohndumping vorliegt**. Gleichzeitig gibt es auch bürokratische Erleichterungen für Betriebe.

Schon bisher hat Österreich sehr strenge Regeln gegen Unterentlohnung bzw. wegen fehlender Lohnunterlagen. "Bereits 17 ausländische Firmen wurden für den Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt gesperrt", informierte Sozialminister Rudolf Hundstorfer in der Debatte am Donnerstag im Parlament. Nun werden die Bestimmungen nachgeschärft. SPÖ-Industriesprecher Rainer Wimmer freut sich über die strengeren Regeln. "Nun wird Schwindeln schwieriger."

Kampf gegen Unterentlohnung: FPÖ stimmte dagegen

Scharfe Kritik vom Sozialminister gibt es an der FPÖ, die die Zustimmung zum Gesetz verweigerte: "**Dass gerade jene Partei, die immer meint, sie vertritt den kleinen Mann, hier nicht mitstimmt, ist ein Schlag ins Gesicht jener Menschen!** Sagen Sie doch den kleinen Leuten, dass es Ihnen wurscht ist, wie es ihnen geht!"

Im Rahmen der Sozialrechts-Novellen beschloss der Nationalrat außerdem eine wichtige Verbesserung für ArbeitnehmerInnen mit Kindern: Zeiten der Kinderbetreuung (Bezug von Kinderbetreuungsgeld) werden künftig für die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld angerechnet. Verbesserungen gibt es auch für Nebenerwerbsbauern mit kleinen Betrieben: Sie können rückwirkend mit 1. Jänner 2014 wieder Arbeitslosengeld bekommen.

Lohnsteuer senken – Investitionen für mehr Wachstum

Maßnahmen zur Belebung der schwachen Konjunktur waren Themen in der Debatte zu einer Dringlichen Anfrage im Parlament am Mittwoch. Eine **Lohnsteuer-senkung** ist für die SPÖ dabei ein wichtiges Instrument, um die Konjunktur zu beleben. **Bundeskanzler Werner Faymann** betonte, dass Zeitplan und Volumen der Steuerreform schon vereinbart sind; im März wird es eine politische Einigung über das Modell geben. Und er **beharrte auf Vermögenssteuern** – sie sind auch eine Frage der Gerechtigkeit. Speziellen Dank äußerte Faymann an ÖGB und AK dafür, dass sie über die Parteigrenzen hinweg hunderttausende Stimmen für eine Steuerentlastung gesammelt haben. "Es ist ein Gebot der Stunde, die Steuerentlastung für die Menschen in diesem Land durchzusetzen."

200.000 Arbeitsplätze durch Investitionen

Zum angespannten Arbeitsmarkt verwies SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder auf die eingetrübte Wirtschaftslage. Gleichzeitig sind so viele Leute in Beschäftigung wie nie zuvor. Dennoch hat Österreich eine der niedrigsten Arbeitslosenrate in der EU und das zweithöchste Bruttoinlandsprodukt. Aber auch weiterhin wird die Regierung unter SPÖ-Führung bewusst in neue Arbeitsplätze investieren. Allein im kommenden Jahr haben **Investitionen (u.a. in Kinderbetreuung, Breitbandausbau etc.) einen Effekt von 200.000 Arbeitsplätzen**. Ähnlich entschlossen soll auch die EU in Wachstum investieren. Vom EU-Kommissionspräsidenten Juncker forderte Schieder, das **EU-Investitionspaket von 300 Mrd. Euro** dringend auf Schiene zu bringen.

Gesetzesbeschwerde beim VfGH – Rechtsschutz wird ausgeweitet

Mehr Rechte für die Bürgerinnen und Bürger und eine Stärkung des Rechtsstaates bringt das neue Instrument der Gesetzesbeschwerde, das Beteiligten in Gerichtsverfahren künftig zur Verfügung steht. Ab 1. Jänner 2015 können sich Parteien eines Zivil- oder Strafprozesses direkt an den Verfassungsgerichtshof (VfGH) wenden, wenn sie meinen, wegen einer verfassungswidrigen Bestimmung verurteilt worden zu sein. Freilich gibt es Ausnahmen dort, wo eine Verzögerung den Zweck des Verfahrens gefährdet – etwa bei Unterhaltsverfahren. Mit einer weiteren Novelle wurde fixiert, dass VerfassungsrichterInnen künftig ihre Nebentätigkeiten veröffentlichen müssen.

"Grüner Bericht" – SPÖ will Biolandbau stärken

Der "Grüne Bericht" der Bundesregierung versammelt die wichtigsten landwirtschaftsbezogenen Daten, speziell auch zur Einkommenssituation der Landwirtinnen und Landwirte. Die SPÖ sieht sich durch den Bericht bestärkt, sich weiterhin für die Stärkung des Biolandbaus und bessere Einkommen für Bergbauern einzusetzen. Erfreulich ist, dass die Einkommen der Bergbauern durchschnittlich gestiegen sind – das ist vor allem der Ausgleichszulage zu verdanken.

Gegen grenznahe Atommüll-Lager

Einhellig setzte der Nationalrat ein deutliches politisches Zeichen gegen Atomkraft mit seinen problematischen Folgen wie Atommüll. Alle Parteien unterstützen einen Antrag, bei der tschechischen Regierung Informationen über die geplante Errichtung eines Atommüll-Endlagers einzuholen. Unterstützt wird auch die konsequente Anti-AKW-Linie von Bundeskanzler Werner Faymann.

Rechnungshof-Bericht zur Justizbetreuungsagentur, Altenbetreuung in Kärnten und Tirol, Pflegereform, AMS-Eingliederungsbeihilfe + Koralmbahn

Ein Sammelbericht des Rechnungshofes beschäftigte sich u.a. mit der Justizbetreuungsagentur, die vom Rechnungshof scharf kritisiert wird, weil der Personalstand dieser ausgelagerten Agentur massiv ausgeweitet wurde und Doppelstrukturen entstanden sind. Fazit: Die Agentur hat seit ihrer Gründung 2009 die Erwartungen nicht erfüllt. Weitere Teilberichte behandelten die Koralmbahn, die Altenbetreuung in Kärnten und Tirol und die AMS-Eingliederungsbeihilfe "Come Back".

Rechnungshof-Bericht zur finanziellen Situation des Landes Salzburg

Der weit überwiegende Teil dieses Berichts, der im Zuge des Salzburger Finanzskandals erstellt wurde, richtet sich an den Salzburger Landtag. Für den Bund relevant ist eine Empfehlung an die Bundesfinanzierungsagentur, Kontrollen durchzuführen, damit Darlehen nicht für Spekulation verwendet werden.

Anti-Doping-Gesetz wird verschärft

Österreich passt seine Anti-Doping-Regeln an den "Welt-Anti-Doping-Code" (WADC) an, der 2015 in Kraft tritt. Das ist u.a. notwendig, damit Österreich sich auch in Zukunft für die Austragung internationaler Sportereignisse bewerben kann. Mit der einstimmig beschlossenen Novelle wurden u.a. die Regel-Strafen von zwei auf vier Jahre Sperre erhöht; außerdem können künftig auch Doping-Händler, welche Substanzen etwa an Bodybuilder zum Muskelwachstum verkaufen, bestraft werden. Sportlern wird verboten, mit Trainern zu arbeiten, die wegen Doping erwischt wurden.

Arbeits- und Sozialrechtsänderungsgesetz – siehe TOP-THEMEN

Novelle zum Arbeitsruhegesetz

Die Novelle bringt eine Anpassung der Regelungen zur Arbeitszeitaufzeichnung bei Wochenend- und Feiertagsarbeit.

Kurzarbeit als Instrument gegen Arbeitslosigkeit

Kurzarbeit hat sich als eines der besten Instrumente zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit erwiesen. Mit dem Beschluss einer Novelle zum Arbeitsmarkt-Finanzierungsgesetz ist gesichert, dass auch 2015 Mittel aus der Arbeitslosenversicherung für Kurzarbeit verwendet werden können.

Maßnahmen gegen Missbrauch von Menschen mit Behinderung

Alle Parlamentsfraktionen fordern die Erstellung einer Studie durch das Sozialministerium gemeinsam mit der Volksanwaltschaft, die das Thema Missbrauch von Menschen mit Behinderungen untersucht. Diese Studie kann dann Grundlage für verbesserte Präventionsarbeit in diesem Bereich sein.

Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen

Österreich ist bereits jetzt international Vorreiter in Sachen Gewaltschutz. Mit dem neuen "Nationalen Aktionsplan zum Schutz von Frauen vor Gewalt" wird der Schutz vor Gewalt für Frauen weiter verbessert und es werden noch vorhandene Lücken geschlossen. Der Aktionsplan umfasst 64 Maßnahmen, die 2014 bis 2016 von der Regierung umgesetzt werden.

Bessere Aufklärung zum Thema K.O.-Tropfen

Ein Entschließungsantrag auf Initiative der SPÖ, den alle Parteien unterstützt haben, fordert die Fortführung der Kampagne zum Thema K.O.-Tropfen an den Schulen. Konkret sollen LehrerInnen und SchulärztInnen so geschult werden, dass sie SchülerInnen über die Gefahren dieser Betäubungstropfen aufklären können. Auch das Familienministerium soll künftig verstärkt bei diesem Thema tätig werden.

Förderungen für Erwachsenenbildung werden verlängert

Die "Initiative Erwachsenenbildung" zum Nachholen von Bildungsabschlüssen wird auch 2015-2017 fortgeführt. Die Initiative für Jugendliche ohne Schulabschluss bzw. gering qualifizierte Erwachsene war ein großer Erfolg. Der entsprechende 15a-Vertrag zwischen Bund und Ländern wurde jetzt verlängert. Damit soll der Anteil von Menschen mit geringer Qualifikation gesenkt werden, denn gerade diese Gruppen sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Fast 20.000 Menschen werden davon profitieren können. Der Gesamtförderbetrag beträgt 48,51 Mio. € für den Bund und 27,28 Mio. € für die Länder.

Außenpolitischer Bericht – Solidarität mit Kobane

Der Außenpolitische Bericht stellt ausführlich die internationalen Entwicklungen und die Politik der EU im Jahr 2013 dar. Die Situation in Syrien und die Ukraine-Krise sind darin Schwerpunkte. Eine positive Entwicklung sieht der Bericht am West-Balkan, wo es zur Entspannung zwischen Albanern und Serben gekommen ist.

Durch intensives Bemühen der SPÖ gelang außerdem ein gemeinsamer Entschließungsantrag, in dem alle Parlamentsfraktionen ihre Solidarität mit den Menschen – insbesondere den Kurdinnen und Kurden – in der vom IS angegriffenen Region um Kobane betonen. Gefordert wird die Unterstützung der Zivilbevölkerung, besonders der vom IS verfolgten KurdInnen, ChristInnen und Jesiden. Der Außenminister soll sich dafür einsetzen, dass zur Vermeidung einer humanitären Katastrophe die Versorgung und die Selbstverteidigung der Stadt Kobane ermöglicht werden

Rückzug aus dem Rohstofffonds

Österreich legt die Mitgliedschaft im Gemeinsamen Rohstofffonds aus den 70er Jahren zurück, weil der Fonds die Erwartungen – Entwicklungsländer durch höhere Rohstoffpreise zu unterstützen – nicht erfüllt hat und dessen Finanzierung nicht gesichert ist. Eine Reihe von anderen Staaten ist ebenfalls bereits ausgetreten.

Protest gegen saudisches Urteil gegen Blogger Rai Badawi

Der saudische Blogger Raif Badawi wurde wegen Betreibens einer liberalen Website von einem saudischen Gericht zu 10 Jahren Haft, 1.000 Peitschenschlägen und einer hohen Geldstrafe verurteilt. In einem Antrag wurde der Außenminister aufgefordert, sich gegenüber Saudi Arabien für einen Nichtvollzug der Strafe und eine Amnestie Badawis einzusetzen.

Freien Zugang zum Kulturerbe sichern

Österreich tritt dem Rahmenübereinkommen des Europarates über den Wert und Schutz des Kulturerbes für die Gesellschaft bei. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, den freien und demokratischen Zugang zum Kulturerbe zu fördern.

Übereinkommen zum archäologischen Erbe

Das Europäische Übereinkommen zum Schutz des archäologischen Erbes wurde erneuert. Österreich bekennt sich damit zu den europäischen Standards für Archäologie. Die wesentlichen Bestimmungen des Übereinkommens sind allerdings bereits im österreichischen Recht (Denkmalschutzgesetz) verankert.

Reform des Eisenbahn- und Unfalluntersuchungsgesetzes

Mit der Reform des Eisenbahngesetzes und des Unfalluntersuchungsgesetzes wurden im Wesentlichen formale Anpassungen an eine entsprechende EU-Richtlinie vorgenommen.

Kraffahrgesetz-Novelle

Mit der Änderung des Kraffahrgesetzes wurden Ausnahmeregeln, die für Kontrollgeräte von Omnibussen im Linienverkehr gelten, verlängert. Die Regeln betreffen die verpflichtende Mitführung von elektronischen Kontrollgeräten im Fahrzeug, mit dem Zweck, bestimmte Daten (Fahrzeit, Wegstrecke, Fahrer, Ruhepausen, Fahrzeugdaten) automatisch abzuspeichern. Die bestehenden Ausnahmen werden fortgeschrieben. Ausnahmen gibt es außerdem für Fahrzeuge der Landwirtschaft und von Handwerksbetrieben.

StVO-Novelle bringt Verwaltungsvereinfachung

Eine Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) schafft die rechtliche Grundlage für Verwaltungsvereinfachung betreffend bundesländerübergreifende Bescheide bzw. Verbote. So muss man künftig zum Beispiel für Radrennen, die durch mehrere Bundesländer gehen, nicht für jedes Bundesland ein eigenes Ansuchen stellen.

Qualität der Tourismusstatistik erhalten

Durch eine Änderung im Meldegesetz gehen Beherbergungsbetrieben Informationen über ihre Gäste verloren, etwa da die Postleitzahlen nicht mehr angegeben werden müssen. Im beschlossenen 6-Parteien-Antrag wird die Innenministerin ersucht, bei den Durchführungsbestimmungen Anliegen der Tourismuswirtschaft zu berücksichtigen und darauf zu achten, dass der Informationsgehalt und die Qualität der Beherbergungsstatistik erhalten bleiben können.

Happy Birthday: 25 Jahre Kinderrechtskonvention!

Ein deutliches Zeichen für Kinderrechte setzten die Abgeordneten der SPÖ in der Nationalratssitzung am Donnerstag: Zum 25. Geburtstag der UN-Kinderrechtskonvention trugen alle sozialdemokratischen ParlamentarierInnen "Kinder haben Rechte!"-Buttons. Besuch gab es auch von einer Gruppe Kindergartenkinder: Sie überreichten Nationalratspräsidentin Doris Bures und Bundesratspräsidentin Ana Blatnik ihre Forderungen und eine Kinderrechte-Geburtstagstorte.

Umweltförderung nützt dem Wirtschaftsstandort

In einer **Aktuellen Stunde zu den Themen Umweltschutz und Wirtschaftsstandort** am Mittwoch bekräftigten die SPÖ-Abgeordneten den Standpunkt der Sozialdemokratie, dass Umwelt und Wirtschaft kein Widerspruch sein müssen. Im Gegenteil: Umweltförderungen nützen nicht nur dem Klima und der Umweltqualität, sondern schaffen "Green Jobs" und fördern den Standort. SPÖ-Umweltsprecher Hannes Weninger: "Jeder Euro, der in die inländische Umweltförderung investiert wird, ist ein Euro, der der regionalen Wirtschaft zu Gute kommt."

Europa braucht ein Investitionspaket

Die Geldpolitik der EZB war Thema einer **Europastunde** am Mittwoch. Kritik am Steuerwettbewerb unter den EU-Staaten übte SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer. Gegen Steuerflucht brauche es internationale Kooperation, aber es braucht auch in Österreich Maßnahmen, damit jene mit Millionenvermögen und Millionenerbschaften einen fairen Beitrag zahlen. SPÖ-Abgeordnete Karin Greiner wies darauf hin, dass Geldpolitik alleine nicht ausreicht, um die Konjunkturprobleme in Europa zu lösen. "Sinnvoll ist eine Industriepolitik mit dem Schwerpunkt auf Green-Jobs in Kombination mit Investitionen in Forschung und Entwicklung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit." Gleichzeitig notwendig sind strenge Regeln für den Finanzsektor, eine starke Bankenaufsicht und die Einführung der Finanztransaktionssteuer.

Fortpflanzungsmedizin: Oberhauser schließt "Designbaby" aus

Das geplante neue Fortpflanzungsmedizingesetz, über das es Einigung mit dem Justizminister gibt, war eines der Themen bei der **Fragestunde des Nationalrats an Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser** am Donnerstag. Künftig sollen auch lesbische Paare Zugang zu künstlicher Befruchtung haben. Außerdem wird die Samenspende durch Dritte und die Eizellenspende erlaubt – Frauen müssen nun nicht mehr zur Behandlung ins Ausland fahren. Oberhauser stellte aber auch klar, dass die Präimplantationsdiagnostik nur bei schweren Krankheiten erlaubt wird – "das Designbaby wird es mit Sicherheit nicht geben".

Reden

Rede vom 20.11.2014 zum außen- und europapolitischen Bericht des Außenministers

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Außenminister! Meine Damen und Herren! Der Außen- und Europapolitische Bericht 2013, den wir heute diskutieren, gibt einen durchaus guten Überblick über die außenpolitischen und europapolitischen Geschehnisse.

Eine Anregung möchte ich allerdings doch noch unterbreiten. Ich habe diese übrigens vor zwei Jahren auch schon Ihrem Vorgänger gegeben: Besonders bei den Berichten, die sicherheitspolitische Themen behandeln und die Entwicklung in Krisenregionen zeigen, fehlt mir oft die frauenpolitische Dimension, und damit fehlt ein wichtiger Aspekt, um die Krisen und auch die Wege aus den Krisen besser verstehen zu können.

2015 wird die UN-Resolution 1325, mit der eine bessere Partizipation von Frauen in der internationalen Sicherheitspolitik eingefordert wird, 15 Jahre alt, aber noch immer ist diese Partizipation viel zu gering, und noch immer ist die wichtige Rolle von Frauen für das Konfliktmanagement, die Friedensstiftung und die Friedenserhaltung noch zu wenig spürbar und zu wenig sichtbar gemacht worden. – Ich glaube, das Außenministerium könnte durch das Aufnehmen dieser frauenpolitischen Dimension besser und stärker auch für dieses Thema sensibilisieren! *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten von ÖVP und Grünen.)*

Im Zusammenhang mit der Ukraine hat sich der Bericht 2013 mehr auf die wirtschaftliche Dimension der Annäherung beschränkt und ist weniger auf die geostrategische Dimension eingegangen. Ich glaube, das wäre aber wichtig gewesen! Dieser geopolitische Aspekt ist jedoch völlig verkannt worden, was aus heutiger Sicht wohl durchaus ein Fehler war.

Im Hinblick auf die Krise in der Ukraine möchte ich auch noch einmal ausdrücklich betonen, dass die Position, die der Außenminister und auch der Bundeskanzler einnehmen, sehr zu begrüßen ist, denn es steht ja außer Frage – das haben wir heute schon gehört –, dass die EU-Staaten gegenüber Russland mit einer starken Stimme sprechen müssen. Mit dieser Stimme sollte aber kein Konfrontationskurs eingeschlagen werden, sondern wir brauchen, wie es Genscher formuliert hat, eine Abrüstung der Worte. Das wäre in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Wir müssen auf Dialog und dürfen nicht auf Konfrontation setzen. Was brauchen wir auch? – Wir brauchen einfach mehr OSZE und weniger NATO in dieser Krise. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Hübner.)*

Frieden gibt es nicht durch militärische Blöcke, sondern letztendlich nur durch kulturelle und wirtschaftliche Brücken. Und diesem Hoffnungsschimmer, der durch *Mog-*

herini und Außenminister Steinmeier bewirkt wird, müssen wir Vorschub leisten! Ich hoffe, dass es eine Möglichkeit gibt, diesbezüglich in einen Dialog einzutreten!

Ganz kurz noch zur Lage in Syrien und im Irak: Diese Lage ist weiterhin furchtbar für Österreich und für uns. Für die SPÖ steht weiterhin unsere Unterstützung und Solidarität für die von Terror bedrohten KurdInnen, SyrerInnen und IrakerInnen an oberster Stelle, und zwar im diplomatischen, im zivilen und im humanitären Bereich. Etwas möchte ich noch hinzufügen: Ich halte es für völlig überflüssig, wenn eine rechte Partei hier, nämlich die FPÖ, die humanitäre Hilfe von der jeweiligen Religionszugehörigkeit abhängig macht: Damit stellen Sie sich nämlich letztendlich auf dieselbe Stufe mit ISIS, und das ist unserer demokratischen und offenen Gesellschaft in Österreich nicht würdig! –

Danke. *(Zwischenruf des Abg. Hübner.)* Sie können das Interview des Herrn Strache ja nachlesen! *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Pressemeldungen und Veranstaltungen

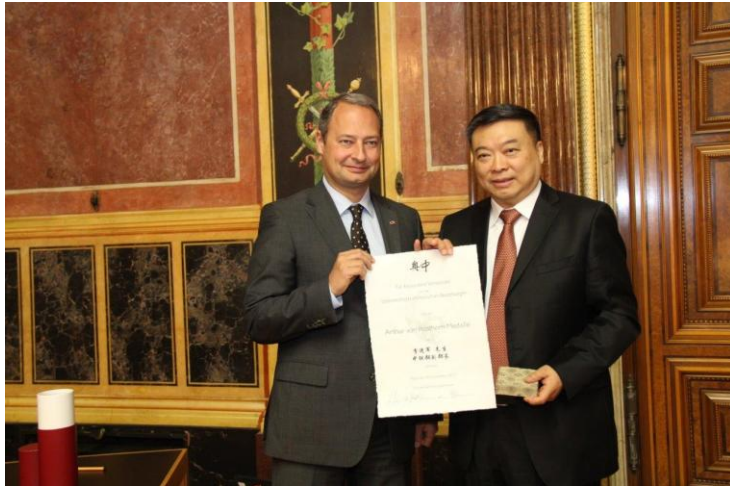
[Muttonen zu neuem EU-Gentechnikverbot: Wichtiger Erfolg für Österreich \(11.11.2014\)](#)

Verleihung der Rosthorn-Medaille an Li Jinjun



Am 10. November kam es zu einem raschen Wiedersehen mit dem Vize-Außenminister der KP China Li Jinjun. Nachdem ich zwei Wochen zuvor mit ihm ein ausführliches Gespräch in Peking geführt hatte, war er nun auf Einladung der SPÖ zu Gast in Wien. Anlass war unter anderem die

Verleihung der Rosthorn-Medaille 2014 für Verdienste um die österreichisch-chinesischen Beziehungen durch SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder. Die Laudatio hielt der Leiter des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Professor Gerd Kaminski. Der Professor hob besonders das mittlerweile über 30 Jahre bestehende persönliche Interesse des Vize-Außenministers an Österreich



hervor, wodurch die Kontakte auch in politisch schwierigen Zeiten nie vollständig abgebrochen seien. Li Jinjun ging in seiner Dankesrede auf das umfangreiche Reformpaket ein, mit dem die KPCh den chinesischen Rechtsstaat modernisieren und die Korruption bekämpfen möchte. Zudem sprach er sich, wie auch schon bei unseren Gesprächen in Peking, für engere wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zwischen Österreich und der Volksrepublik und einen intensiveren politischen Dialog aus.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at